

Ergänzungsleistungen für Familien?

ABSTIMMUNG Im Kanton Luzern entscheiden die Stimmbürger am 15. November, ob künftig auch einkommensschwache Familien mit Ergänzungsleistungen unterstützt werden.

Solche verlangt eine Initiative der Grünen, die auch die SP unterstützt. Regierung und Bürgerliche lehnen sie ab. Die vor zwei Jahren eingereichte Volks-

initiative sieht vor, dass analog zu den Ergänzungsleistungen des Bundes zur AHV/IV Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien ausgeschüttet werden. Finanziert werden sollen sie durch den Kanton und die Gemeinden.

Mit den Ergänzungsleistungen sollen laut Initianten Working-Poor-Familien oder Familien mit Alleinerziehenden, die mit ihrem Einkommen den Grundbedarf kaum decken können, vor der Sozialhilfe-Abhängigkeit bewahrt werden. Kinder aus armen Familien

sollen dank Chancengleichheit bessere Zukunftsperspektiven erhalten.

Das Kantonsparlament empfiehlt die Volksinitiative mit 82 gegen 24 Stimmen zur Ablehnung. Sie halten sie für nicht nötig und teuer. Nach Meinung der Gegner würden einkommensschwache Familien bereits heute etwa mit Steuerabzügen, Mutterschaftsentschädigung, Zulagen, Prämienverbilligung, Alimentsbevorschussung oder Sozialhilfe unterstützt.

Was die Einführung der neuen Sozialleistung den Kanton und die Ge-

meinden kosten würde, ist unklar. Laut Regierungsrat soll der Aufwand zwischen 5 und 58 Millionen Franken liegen.

Ergänzungsleistungen für Familien sind kein Novum. Im Tessin existieren sie bereits seit 1997. Seitdem haben auch die Kantone Genf, Solothurn und Waadt solche eingeführt. In weiteren Kantonen sind Projekte hängig oder gescheitert. Auf Bundesebene wurden zwei parlamentarische Initiativen zur Einführung im Juni 2011 abgeschlossen. sda

PRO Ja zur Minderung der versteckten Armut



Raffael Fischer
Co-Präsident
Grüne Luzern
Willisau

Familien sind wichtig, alle politischen Parteien machen sich für sie stark. Eine Tatsache ist aber leider, dass Kinder heute zum Armutsrisiko geworden sind. Mütter oder Väter mit tiefen Einkommen kommen rasch an die Grenzen ihrer finanziellen Möglichkeiten, wenn sie aus Rücksicht auf Betreuungsaufgaben ihr Arbeitspensum reduzieren. Steigende Wohnungsmieten, Krankenkassenprämien und teure Konsumgüter werden zum Problem. Häufig müssen Armutsbetroffene ihren Kindern viele Wünsche abschlagen. Aus Geldnot können Kinder aus armen Familien weniger häufig an Freizeitaktivitäten teilnehmen oder in Vereinen mitmachen.

Armut wird oft vererbt

Damit verschlechtern sich ihre Chancen auf eine gute Integration in die Gesellschaft und ins Erwerbsleben. Das Risiko ist entsprechend höher, dass diese Kinder später selbst arm sind, arbeitslos und abhängig von der Sozialhilfe. Es ist eine harte Realität für weniger

wohlhabende Menschen: Armut wird oft vererbt. Das darf und muss nicht sein! Die Initiative «Kinder fördern – Eltern stützen, Ergänzungsleistungen für Familien» der Grünen schlägt vor, dass auch im Kanton Luzern armutsbetroffene Paare und Alleinerziehende Ergänzungsleistungen für Familien beziehen können.

Andere Kantone machen es vor

Die Kantone Tessin, Genf, Waadt und Solothurn kennen dieses Instrument bereits. Im Tessin wies eine Studie nach, dass dadurch Sozialhilfekosten eingespart wurden. Für Alleinerziehende oder sog. Working Poor bieten Ergänzungsleistungen die Möglichkeit, dass ihre Kinder weniger unter finanziellen Nöten leiden müssen. Eltern können sich neu organisieren und unerwünschte «Schwelleneffekte», dass bei einer Teilzeit-Arbeitstätigkeit nach Abzug von Steuern weniger übrig bleibt als beim Gang auf das Sozialamt, werden vermieden.

Mit einem Ja zur Initiative beauftragen wir den Regierungsrat und den Kantonsrat, im Kanton Luzern ein faires System von Ergänzungsleistungen für Familien einzuführen. Helfen Sie mit, die oft versteckte Armut von Familien zu mindern und Kindern gute Chancen zu bieten.

KONTRA Wer soll das bezahlen?

Die Initiative fordert, dass Familien mit Kindern, welche über ein geringes Einkommen verfügen, Ergänzungsleistungen erhalten sollen. Diese sollen gleich ausgestaltet werden wie die Ergänzungsleistungen bei der AHV/IV. Mögliche Schwelleneffekte sollen klein gehalten werden, damit der Anreiz für die Erwerbsarbeit verstärkt bleibt. Die Initiative ist ohne klare Grundlagen formuliert. Die Regeln müssen erst noch formuliert werden. Die Einführung dieser Ergänzungsleistungen erfordert viel Verwaltungspersonal, die den Vollzug sicherstellen. Berechnungen der Regierungen haben aufgezeigt, dass die Einführung zwischen 5 bis 58 Millionen zusätzliche Kosten pro Jahr verursachen würde.

Die Kosten sollen durch den Kanton übernommen werden. Achtung: Indirekt müssen sich die Gemeinden an diesen Kosten beteiligen, wie dies auch bei der EL der AHV/IV der Fall ist. Wenn die Gemeinden sich an dieser Zeche beteiligen müssen, hat das zur Folge, dass diese ihre Gemeindesteuern erhöhen müssen. Somit bezahlen es klar wir, die Steuerzahler. Die Initianten zeigen auf, dass die Sozialhilfe in den Gemeinden entlastet würde. Die Entlastung der Gemeinden ist tiefer als die Beteiligung an den Kosten für diese Ergänzungsleistungen. Für Familien mit kleinen Einkommen gibt es bereits



Helen Schurtenberger
Kantonsrätin und
Sozialvorsteherin
FDP, Menznau

viele Massnahmen, bei denen sie entlastet werden.

> Steuerabzüge: Es ist klar anzumerken, dass Familien mit kleinen Einkommen und Kindern sehr niedere Steuern bezahlen, oft nur die Kopfsteuer. Zudem bezahlen wir heute im Vergleich vor zehn Jahren viel weniger Steuern.

> Familienzulagen: Jeder Arbeitnehmer und auch Nichterwerbstätige haben Anspruch auf Kinder- und Ausbildungszulagen vom Kanton.

> Prämienverbilligung: Familien werden mit der Prämienverbilligung sehr stark entlastet. Vor allem Familien mit kleinen Einkommen.

> Sozialhilfe: Die Hilfe und Begleitung für Familien, die Sozialhilfe beziehen, ist eng und sie werden gut betreut, damit sie den Weg in die Unabhängigkeit wiederfinden. Diese Unterstützung ist wichtiger und bringt allen Beteiligten mehr, als wenn Ende Monat nur Geld fließt. Eine Familien-EL kann und darf nicht kantonale eingeführt werden. Wenn, dann müsste eine Bundeslösung erarbeitet werden, wie bei der AHV/IV.



Neuer Rektor



UNI LUZERN
Ökonom Bruno Staffelbach wird neuer Rektor der Universität Luzern. Der Universitätsrat hat den 58-Jährigen für eine Amtszeit von vier Jahren gewählt. Staffelbach wird Nachfolger des Juristen Paul Richli und tritt seine neue Stelle am 1. August 2016 an. Bruno Staffelbach wuchs in Luzern auf und studierte nach der Matura Betriebswirtschaftslehre an der Universität Zürich. Wie die Universität Luzern mitteilte, ist Bruno Staffelbach seit 1992 ordentlicher Professor für Betriebswirtschaftslehre und Inhaber des Lehrstuhls für Human Resource Management an der Universität Zürich. Von 2000 bis 2012 war er Mitglied des Universitätsrats der Uni Luzern. sda

Wyss Präsident

SWISSSKILLS Am 27. Oktober hat der Stiftungsrat SwissSkills den Luzerner Bildungsdirektor Reto Wyss zum neuen Präsidenten gewählt. Er tritt die Nachfolge von Hans Ulrich Stöckling an, der 20 Jahre lang die Geschicke der nationalen Stiftung für Berufsmeisterschaften gelenkt hat. Als Vorstandsmitglied der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren, der Deutschschweizer und der Nordwestschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz sowie als Präsident der Bildungsdirektorenkonferenz Zentralschweiz ist Reto Wyss die Wunschbesetzung des Stiftungsrates von SwissSkills, heisst es in der Medienmitteilung. pd/WB



Die Referenten der Herbstveranstaltung. Von links: Herbert Infanger, Anliker AG Generalunternehmung; Daniela Tschol, LUKB; Markus Huwiler, HEV Immo AG; Karl Rigert, Präsident HEV Luzern. Foto boa.

Jetzt Immobilien sanieren

HEV Historisch tiefe Hypothekarzinsen, Steuervorteile, Förderbeiträge. Jetzt ist der richtige Moment, Immobilien energetisch zu sanieren. Das sagte der Fachmann Herbert Infanger an der von 350 Personen besuchten HEV-Herbstveranstaltung unter dem Titel «Ernte gut – alles gut» im Stadttheater Sursee.

Der Energieverbrauch von Gebäuden ist in den letzten 50 Jahren markant gesunken. Doch es gibt noch viel Luft «nach unten». Für Herbert Infanger, Abteilungsleiter Anliker AG Generalunternehmung, wird das Null-Energie-Haus «in 15 bis 20 Jahren bei Neubauten Standard» sein. Für Sanierungen riet Infanger zum «Königsweg»: Zuerst

die Gebäudehülle zu verbessern und erst danach die Wärmetechnik. Bevor man an einzelne Elemente wie Fenster, Estrichisolation oder Heizung denke, brauche es jedoch eine sorgfältige Bestandsaufnahme. Erst nach der Gesamtsicht erfolgt die sinnvolle zeitliche Staffelung. Belohnt werden Immobilienbesitzer nicht nur mit tieferen Energiekosten, sondern auch mit Steuervorteilen und oftmals mit zusätzlichen Förderbeiträgen.

Mit dem Erben fangen Probleme an

Nicht nur beim Energiesparen ist rechtzeitige und umfassende Planung gefragt, sondern auch beim Thema «Nachlassregelung». Das machte Referentin Daniela Tschol, Leiterin Erbrecht bei der LUKB, deutlich. «Die Probleme fangen oft an, wenn es ums Erben geht. Daniela Tschol zeigte unter anderem die Möglichkeiten eines

Testaments, Ehe- und Erbvertrags oder auch des neuen Instruments eines Vorsorgeauftrags auf. Im handschriftlich verfassten Vorsorgeauftrag kann jede Person regeln, wer bezüglich persönlicher Sorge, Vermögen und Rechtsverkehr für sie entscheiden soll, wenn sie selber nicht mehr handeln kann.

Markt spricht für Verkäufer

Im dritten Referat erklärte Markus Huwiler, Immobilienbewerter bei der HEV Immo AG Luzern, wie Fachleute einen aktuellen Immobilienwert ermitteln. Ganz grundsätzlich gelte, dass der heutige Markt für die Verkäufer spreche. Die Hypothekarzinsen seien nach wie vor sehr attraktiv und Immobilien gelten derzeit als sichere Anlage. Wer eine Immobilie mit einem realen Preis anbiete, habe sehr gute Chancen, einen Käufer zu finden und eine «gute Ernte» einzufahren. boa.



Damian Müller
FDP, Hitzkirch

«Mit Herz und Verstand anpacken»

Damian Müller, Sie waren nach dem ersten Wahlgang mit deutlichem Abstand nach hinten Zweiter. Sind Sie schon so gut wie gewählt?

Nein, überhaupt nicht. Der zweite Wahlgang beginnt wieder bei null. Die Ausgangslage ist zudem nicht mehr dieselbe. Deshalb werde ich mich auf keinen Fall zurücklehnen und den Wahlkampf bis zum 15. November aktiv gestalten.

STÄNDERATSWAHL

Auch die SVP betreibt Wahlkampf und wirft Ihnen derzeit so oft wie möglich in Leserbriefen und Interviews fehlende Erfahrungen auf nationaler Ebene vor...

Wenn das Alter das Einzige ist, das man mir vorwerfen kann, ist das ja schön. Denn das regelt die Zeit selbst. Ich bin seit über 14 Jahren auf der politischen Ebene tätig und habe in dieser Zeit viel Erfahrung in meinen Rucksack stecken können. Gleichzeitig war es mir immer wichtig, mich im In- und Ausland beruflich weiterzubilden. Auch in meinem Job als Ausendienstleiter mit der Verantwortung für elf Mitarbeitende ist Erfahrung wichtig. Neben der Politik engagiere ich mich als Stiftungsrat der Pro Senectute Luzern, in der Organisation des Slow-up Seetal oder als Präsident der Dampfer-Freunde Vierwaldstättersee. Ohne Erfahrung, Kompetenz und Pflichtbewusstsein hätte ich die Chance dazu nicht erhalten.

Was fasziniert Sie an der Politik?

Es ist, wie es mein Leitmotiv sagt, das Anpacken und Umsetzen. Wenn man mit Herz und Verstand anpackt, kann man vieles bewegen, vor allem, wenn man sich intensiv und seriös in ein Thema einarbeitet. Auch der Kontakt zur Bevölkerung macht mir Spass. Ich war im Wahlkampf an 17 Tagen mit meinem Dreirad unterwegs im Kanton und habe dabei wertvolle Rückmeldungen erhalten.

Sie waren nicht nur oft unterwegs, Sie sind auch seit Monaten kantonsweit auf unzähligen Plakaten zu sehen. Können Sie sich selbst noch anschauen?

(lacht) Wenn man selbst kandidiert, nimmt man das gar nicht so wahr.

Was möchten Sie in Bern «anpacken und umsetzen», wenn Sie gewählt werden?

Als Ständesvertreter will ich vor allem Kantonsanliegen vertreten. Sehr wichtig ist es mir, dass in der Wirtschaft nur das Wichtigste reguliert wird. Bei der Altersvorsorge stehe ich für eine Schuldenbremse ein, bei der Mobilität möchte ich dabei mithelfen, die Weichen für den Durchgangsbahnhof und den Bypass Luzern zu stellen. Ich will in Bern als Konsenspolitiker Mehrheiten schaffen für die Anliegen des Kantons und der Innerschweiz. Letzteres ist mir ein besonderes Anliegen. Wir müssen die Zentralschweiz als innovative Region besser nach aussen vertreten. Hier ist viel Potenzial vorhanden. Monika Wüest

Bereits erschienen: Rudolf Schweizer (27.10.), Yvette Estermann (30.10.). Weitere Interviews: Prisca Birrer-Heimo (6.11.), Konrad Graber (10.11.).